

Mehr Teilhabe für benachteiligte Menschen durch mehr Bildungsangebote

Unsere Forderungen zur Landtagswahl 2023

Qualifizierte und auskömmliche Arbeit bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft

Die Zahl der Arbeitslosen, die Bürgergeld beziehen (SGB II), ist in den letzten drei Jahren stark gestiegen. Etwa dreiviertel der Arbeitslosen die Bürgergeld beziehen, haben keine anerkannte Berufsausbildung. Etwa vierzig Prozent der Betroffenen haben keinen Schulabschluss. Gleichzeitig ist die Vermittlung in Qualifikations-, Grundbildungs- und Beschäftigungsangebote für arbeitsmarktferne Menschen deutlich gesunken.

Deshalb fordern wir:

- Mehr niedrighschwellige Bildungsangebote, die benachteiligte Menschen erreichen und ihnen einen Weg aus der Arbeitslosigkeit ermöglichen.
- Die rechtskreisübergreifende Förderung junger Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf durch aufsuchende Arbeit, außerbetriebliche Ausbildung und regelfinanzierte Produktionsschulen mit Hauptschulabschlussmöglichkeit auszubauen.
- Bei überbetrieblichen Umschulungen den Unterricht an regulären Berufsschulen zu ermöglichen und unsinnige Verwaltungshürden zu streichen.
- Beschäftigung für benachteiligte Menschen wie Wohnungslose, Haftentlassene oder Menschen mit Suchterkrankungen mit Landesprogrammen zu finanzieren.
- Das Teilhabechancengesetz des Bundes durch ein Landesprogramm mit individuellem Coaching für Langzeitarbeitslose zu ergänzen und die anteilige Eigenfinanzierung der Lohnkosten im Rahmen des Teilhabechancengesetzes bei gemeinnützigen Betrieben durch Landesmittel auszugleichen.
- Niedrighschwellige digitale Zentren einzurichten, die Bürger*innen kostenlosen Zugang zu Computern, Druckern und WLAN ermöglichen sowie dazugehörige Beratung und Unterstützung.
- Analoge, barrierefreie sowie mehrsprachige Zugänge zu Verwaltungsdienstleistungen sicherzustellen, da nicht alle Menschen elektronische Wege nutzen können.

Zukunftssichere gemeinnützige Beschäftigungsträger qualifizieren Arbeitskräfte für einen ökologischen und digitalen Wandel

Deshalb fordern wir:

- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soziale und ökologische Kriterien sowie Tariftreue als verbindliche Auswahlkriterien zu berücksichtigen.
- Soziale Organisationen bei der Anschaffung der Hard- und Software sowie der Fortbildung der Mitarbeitenden im digitalen Bereich weiter finanziell zu unterstützen oder sicherzustellen, dass diese Kosten in Leistungs- und Zuwendungsvereinbarungen refinanziert werden.
- Nachhaltige Sicherung gemeinnütziger Bildungs- und Beschäftigungsträger statt kurzfristiger Projektförderung.
- Gemeinnützige soziale Träger bei der energetischen Gebäudesanierung und der Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts, unter anderem mit Elektrofahrzeugen, zu beraten und zu fördern.
- In Unternehmen der Sozialwirtschaft den Aufbau von Konzepten für klimabedingte Krisen wie Hitze, Trockenheit oder Starkregen zu unterstützen und voranzutreiben.
- Den Mitarbeitenden der Wohlfahrtspflege in Hessen analog zu den Bediensteten des Landes Hessen ein Jobticket zu ermöglichen.

Die **LAG Arbeit in Hessen e.V.** ist der Verband der gemeinnützigen Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaften in Hessen. Unsere 50 Mitgliedsorganisationen begleiten benachteiligte Menschen in den Arbeitsmarkt, seien es Jugendliche mit Förderbedarf, Menschen in prekären Lebenslagen, Geringqualifizierte, Erwachsene ohne Schul- und Berufsabschluss, Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund, Alleinerziehende oder Menschen mit gesundheitlichen und psychischen Problemen. **Damit Alle eine Chance haben – unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Alter.**

Kontakt:

Stephan H. Zimmerman, Vorsitzender
Miriam Hedtmann, Leitung der Geschäftsstelle

Mail: info@lag-arbeit-hessen.de

LAG Arbeit in Hessen e.V.
Kurmainzer Str. 6
65929 Frankfurt am Main
Tel. 069-97 31 94 00

www.lag-arbeit-hessen.de